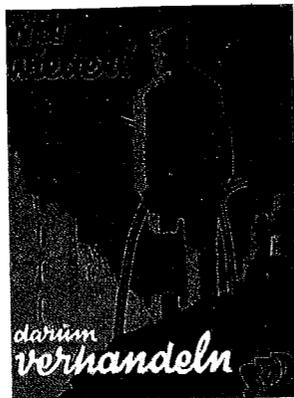


Wiederbewaffnung



Oben: Wahlplakat der SPD aus dem Jahre 1953 gegen die Wiederaufrüstung. – Mitte: Eines der ersten Werbeplakate für die Bundeswehr. – Rechts: Bundeskanzler Adenauer besucht Anfang 1956 die erste Einheit der Bundeswehr.

Der sich verschärfende Ost-West-Konflikt hatte in der NATO schon früh zu Überlegungen geführt, auch die junge Bundesrepublik Deutschland an der eventuellen Verteidigung Westeuropas zu beteiligen. Als dann 1950 der Korea-Krieg (S. 127) ausbrach, setzte sich nun endgültig die Auffassung durch, dass eine Verteidigung Europas ohne eine deutsche *Wiederbewaffnung* nicht möglich sei.

Die Forderung nach einem solchen Verteidigungsbeitrag wurde von der CDU unterstützt, zumal die DDR inzwischen eine halb-militärische Polizei-truppe aufgestellt hatte (Kasernierte Volkspolizei). Mit 60 000 Mitgliedern war sie einer Armee vergleichbar und verstärkte die Furcht vor einem Angriff. Adenauer ging davon aus, dass nur ein militärisch starkes westliches Bündnis in der Lage sei, dem Frieden und der Freiheit auf Dauer zu dienen.

Über das „W“ der Wiederbewaffnung kam es zu einer tiefen Kluft im deutschen Volk. Vor allem die SPD kämpfte eine solche Politik aus Sorge um ein anderes „W“: die Wiedervereinigung Deutschlands. Sie suchte lange nach einem Weg *zwischen* den Machtblöcken in Ost und West, nach einer Lösung für ein Gesamtdeutschland in einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa.

Mit den Pariser Verträgen fiel 1955 die Entscheidung für einen deutschen Verteidigungsbeitrag unter dem Oberbefehl der NATO.

In den Jahren kurz nach 1945 hatten selbst die Schützenvereine in den Dörfern nur mit hölzernen Armbrüsten schießen dürfen. Jetzt entstand seit 1956 eine neue *Bundeswehr* mit modernen Waffen und einem klaren Verteidigungsauftrag, gegliedert in Heer, Marine und Luftwaffe. Die allgemeine Wehrpflicht wurde eingeführt, jedoch jedem das Recht zugestanden, den Wehrdienst aus Gewissensgründen zu verweigern. Als Ersatz war ein Zivildienst ohne Waffen zu leisten.

Von Anbeginn sollte auch ein neues Bild des Soldaten die Bundeswehr prägen. „Staatsbürger in Uniform“, so lautete die neue Formel, nach der man sich bemühte, die Bundeswehr in die Gesellschaft zu integrieren.



Wiederaufbau

Die Hilfe des Marshall-Plans und die Währungsreform 1948 waren wichtige Voraussetzungen für das dritte „W“: den wirtschaftlichen *Wiederaufbau*, für den sich bald das Wort „Wirtschaftswunder“ einbürgerte.

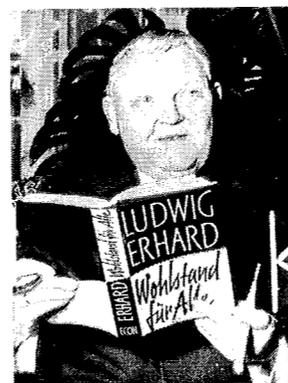
Mit der von Bundeswirtschaftsminister *Prof. Ludwig Erhard* (1897 bis 1977) vertretenen freiheitlichen Wirtschaftspolitik begann eine Aufbauleistung ohne Gleichen. Im Rahmen dieser *Sozialen Marktwirtschaft* wuchsen die zerbombten Städte neu empor, entstanden neue, leistungsfähige Fabriken dort, wo alte demontiert worden waren. Alle Westdeutschen trugen diesen Wiederaufbau mit.

Es dauerte keine zehn Jahre, da hatte die Produktion in der Bundesrepublik die Vorkriegsziffern weit hinter sich gelassen. Nach zwanzig Jahren Wiederaufbau war die Bundesrepublik der drittgrößte Industriestaat der Welt (nach den USA und der Sowjetunion).

Die Flüchtlinge und Vertriebenen hatten maßgeblichen Anteil am „Wirtschaftswunder“. Die vielen und gut ausgebildeten Arbeitskräfte wurden in den Jahren des Wiederaufbaus dringend gebraucht.

Daher förderte der Staat nicht nur die Privatwirtschaft und den Wettbewerb. Nach Erhards Devise „Wohlstand für alle“ sollten auch diese Menschen Starthilfen erhalten. Das *Lastenausgleichsgesetz* half ihnen dabei: Vermögende Bürger hatten Abgaben zu entrichten, die an die Geschädigten weitergegeben wurden. Es waren Beihilfen und günstige Darlehen zum Wohnungsbau und zur Existenzgründung. Der Lastenausgleich hat wesentlich zur sozialen wie politischen Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen beigetragen.

Wirtschaftsminister Ludwig Erhard



Die Jahre des Wiederaufbaus in kritischer Sicht

Da die Deutschen das Jahr 1945 als „Zusammenbruch“ erlebten (und nicht das Jahr 33), das Kriegsende als „Stunde Null“, konnte es eigentlich nur bergauf gehen.

Und in den fünfziger Jahren ging es stürmisch bergauf. Scheinbar war es ein Start mit totaler Chancengleichheit, da die Währungsreform von 48 alle gleich arm gemacht hatte. Gründerstimmung, Gründeroptimismus lag in der Luft. Man sah das Ziel und konnte deshalb den Weg übersehen.

Fresswelle hieß die erste Etappe: Der Kuchen mit Schlagsahne wurde wiederentdeckt, wiedererobert. Dann warf man sich in Schale: Die Bekleidungswelle rollte. Dann begann man wieder zu reisen, Rudi Schuricke sang die Capri-Fischer, die Deutschen erreichten Kärnten, das Salzkammergut, den Lago Maggiore. Die D-Mark im Visier, konnte man alles Verstörende leicht verdrängen. Hatte man nicht eben in der Nazizeit ... ein Übermaß an Politik erlebt? Also zog man sich von der Politik, soweit es die Geschäfte erlaubten, zurück.

Die Außenpolitik, das besorgte ohnehin der große allmächtige Bruder, dessen Korea-Krieg man soeben zähneklappend überstanden hatte, ängstlich in den Windschatten gedrückt. Die Teilung: Für die konnte man nichts ...

Für innere Angelegenheiten hatte man den Übervater Adenauer, der zwar manchmal streng und christlich tat, aber glücklicherweise Rheinländer und Rosenzüchter war und uns, aus privater Liebe zu de Gaulle, mir nichts, dir nichts mit dem Erbfeind aussöhnte. Und er hatte auch noch einen Ludwig Erhard zur Seite, der uns den Konsum als höchste Moral empfahl: Die D-Mark muss rollen ...

So konnten die Deutschen wahre Wunder vollbringen ... Sie gaben, ganz und gar nicht christlich, einer christlichen Partei die Mehrheit. Sie spielten in einer totalen materiellen und geistigen Trümmerlandschaft nach alten Regeln weiter – als wäre nichts geschehen.

(Hellmuth Karasek in: DER SPIEGEL 14/1978, S. 98)